

Verfolgte Christen

Informationen des IGFM-Referats Religionsfreiheit

aktuell

2-2018



„Denkt an die Gefangenen, als wäret ihr mitgefangen!“ Hebr. 13,3

Liebe Freunde der IGFM!

In Ägypten sah ich kürzlich ein Theaterstück: Mit einem schwarzen Schleier bedeckt, setzte sich eine ältere Dame, auf der Bühne gespielt von der 13-jährigen Rania (Name von der Redaktion geändert), sichtbar beschwerlich auf den Boden. Umringt von Teenagern, bat sie einen zuvor noch ausgestoßenen Jungen, sich einzureihen. Die Jugendlichen hatten die Rolle von Muslimen übernommen, während sie in Wirklichkeit alle Christen sind. Der einzige Muslim in der Gruppe spielte einen gemobbten Christen. Die alte Frau alias Rania begann von der Geschichte des Dorfes zu erzählen, davon, dass sie alle dazu gehören, gleich zu welcher Religion sie sich bekennen. Die zentrale Aussage des kurzen Stegreiftheaterstücks war die Idee von der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz.

Die Gruppe von Kindern gehört zu einer Laienschauspielgruppe, die von dem ägyptischen Geschwisterpaar Moheb Samir Moussa und Justina Samir Moussa geleitet wird. Sie gehen mit ihren Darstellern in die Straßen und auf die Plätze der Dörfer, um Geschichten aus dem alltäglichen Leben zu erzählen. Sie wollen dabei nicht nur unterhalten, sondern auch Botschaften vermitteln: Die etwa, dass es sich gleichberechtigt miteinander friedlicher, besser lebt, ebenso wie ohne häusliche Gewalt und Unterdrückung der Frauen und Mädchen. In ihrem Dorf gibt es Gassen, in denen nur Christen leben, andere, in denen nur Muslime wohnen und eine Gasse, die zwischen beiden Religionsanhängern aufgeteilt ist. Diese Gegend, die Provinz El Minya, gilt als eine der Hochburgen fanatischer und sektiererischer Muslimgruppen. Fällt ein falsches Wort, so könnte sich in der Enge der Gassen ein gefährlicher Konflikt entzünden. Daher ist die Initiative so mutig wie alternativlos.

Es war die ägyptische Frauenrechtlerin Gihan Abou Zeid, die mir die 29-jährige Regisseurin während meiner jüngsten Ägyptenreise vorstellte. Die zierliche und zugleich quirliche Justina gehört der koptischen Minderheit an

und hat ihr ganzes Leben bislang in einem Dorf dieser Region zugebracht. Als Kind spielte sie in den Ausgrabungsstätten von Tell El Amarna, wo einst die berühmte Nofretetebüste gefunden wurde. Am Rande des Ruinenfelds des alten Pharaopalastes berichtete sie mir von ihrem Projekt und seiner Geschichte: Justina studierte Englische Literatur in El Minya, das nur wenige Kilometer von ihrem Heimatdorf El Barscha entfernt liegt. In ihrer Pfarrgemeinde leitete sie eine Theatergruppe.



Justina Samir Moussa (vorne sitzend) mit ihrem Bruder Moheb und dahinter stehend Frauenrechtlerin Gihan Abou Zeid © Michaela Koller

Als diese sich 2012 auflöste, gründete sie zusammen mit anderen Christen die unabhängige Schauspielinitiative „Panorama Barscha“. Ihr 36-jähriger Bruder kam zwei Jahre später nach 13 Jahren aus Kairo zurück, wo er zunächst Kommunikationswissenschaften studiert und dann als freier Journalist gearbeitet hatte. Er ist ihr Dramaturg geworden, während in ihren Händen die Regie liegt.

Wer Justina und Moheb erlebt hat, bekommt eine Idee davon, was Patri-

arch Louis Raphael I. Sako aus dem Irak, Oberhaupt der chaldäisch-katholischen Christen, meint, wenn er im Interview auf Seite 4 sagt. „Wenn wir zum Zusammenleben in Harmonie zurückkehren möchten, müssen wir unsere sektiererischen Einstellungen ändern, auch die Unterrichtsprogramme. Zum Nutzen aller sollte die internationale Gemeinschaft dafür sorgen, dass die Christen bleiben. Wenn ich mir die Qualitäten der Christen dort anschau, so komme ich zu dem Schluss, dass sie die Muslime dabei unterstützen können, ihren Horizont zu erweitern und etwas anderes als ihre eigene Welt kennenzulernen.“ Mit den Unterrichtsprogrammen in Ägypten hat sich die IGFM eingehender beschäftigt und den neuen Appell auf Seite 6 entworfen, um deren Unterstützung wir Sie bitten. Er ergänzt den ausführlichen Beitrag über die Situation der Christen in Ägypten ab Seite 5.

Die verbliebenen Christen, die in ihrer Heimat im Nahen Osten ausharren, unterstützen wir als Menschenrechtsorganisation, wie etwa durch die Wiederaufbauhilfe, die wir Patriarch Louis Raphael I. überreichen konnten. Sie sind jedoch alltäglicher Diskriminierung ausgesetzt, wie der ägyptische Jesuitenpater Samir Khalil Samir Anfang August in einem Interview mit der Neuen Bildpost schilderte. Der Islamwissenschaftler und Theologe hielt sich anlässlich der Verleihung des Stephanus-Sonderpreises für verfolgte Christen am 21. Juli in Deutschland auf. Nach Jahrzehnten im Ausland in seine Heimat an den Nil zurückgekehrt, musste er in diesem Jahr feststellen: „Die Situation verschlechtert sich immer weiter, weil die Zahl extremistischer fanatischer Elemente zunimmt. Auf dieser Ebene ist der Staat absolut machtlos.“ Er empfahl den Mitgliedern der Europäischen Union im Interview, in den Außenbeziehungen zwei Prinzipien nie zu vergessen: die Gleichheit zwischen allen Bürgern und die Gleichstellung von Mann und Frau. Ein eigenes Organ zur Überwachung dieser Forderungen sollte eingerichtet werden, schlug Samir vor.

Die Prinzipientreue, die Samir von der Europäischen Union einfordert, wünscht sich Kardinal Joseph Zen Ze-kiun vom Vatikan in seinen Verhand-

lungen mit China. Selbst ist er sehr standfest und daher verlieh ihm die Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen in diesem Jahr den Hauptpreis. So konnte die IGFM ihn auch bei ihrer diesjährigen Jahresversammlung begrüßen. Derzeit baut die kommunistische Führung in China ihre ohnehin

scharfe Kontrolle religiöser Aktivitäten auch noch weiter aus. Daraufhin beklagt Kardinal Zen, einen Teil der Katholiken ermuntere Rom durch sein Vorgehen wirksam, gleichsam zu kapitulieren, während die anderen Gläubigen sich verraten fühlten. Auf den Seiten 2 und 3 erfahren Sie mehr über

die aktuelle Situation und die Haltung unseres Gastes.

Herzlich und dankbar grüßt Ihre

Michaela Koller

China

Der Unterwerfung unter die KP Chinas entgegentreten

Von Michaela Koller

„Sinisierung“ – das ist das Schlüsselwort für die Marschrichtung der kommunistischen Führung Chinas in Fragen der Religion. Damit ist bei weitem nicht nur die Anpassung des künstlerischen Ausdrucks religiöser Inhalte an chinesische Traditionen gemeint. Es geht im Kern um die Unterwerfung der Religionen unter die Parteidoktrin. „Sie blockieren den Verkauf der Bibel“,

hin, die Verbreitung einzuschränken, aus dem Verkaufsangebot genommen“, berichtete die „South China Morning Post“ Anfang April. Die Suche nach Bibelausgaben ergäbe entweder keine Ergebnisse oder leite auf bibelkundliche Werke um. Nach einer Inspektion durch Vertreter des Kultusministeriums seien christliche Buchhändler zuvor dazu angehalten worden, keine „ausländischen Bücher“ mehr zu verkaufen.

Das alles geschieht, seitdem am 1. Februar dieses Jahres deren überarbeitete Fassung in Kraft getreten ist. Beobachter fragen sich seither, was denn das Ziel der Führung in Peking dabei ist, die Neufassung in Auftrag gegeben zu haben. In einem Gespräch mit der Agentur UCA-News brachte es Professor Ying Fuk-tsang, der die Theologische Schule an der Chinesischen Universität von Hongkong leitet, auf den Punkt: „Nach der Untersuchung der neuen Religionspolitik Präsident Xi Jinpings gibt es guten Grund zur Annahme, dass das Zentralkomitee der KP Chinas versucht, schnelles Wachstum unter den Religionen zu unterdrücken.“



Kardinal Zen bei der Jahresversammlung der IGFM 2018 in Bonn © IGFM

berichtete Kardinal Joseph Zen Ze-kiun kopfschüttelnd gleich nach der Ankunft in Deutschland in diesem Frühjahr, mit einem Lachen überspielend, das oft gerade dann erklingt, wenn er etwas besonders Erschütterndes vorträgt. Der Kirchenmann war den weiten Weg aus Hongkong gekommen, weil ihm der Stephanuspreis für verfolgte Christen verliehen werden sollte. Er nutzte die Gelegenheit, um in Deutschland öffentlich über seine Befürchtungen hinsichtlich eines übereilten Abkommens zwischen China und dem Vatikan zu sprechen. Mit gutem Grund:

Während beide Seiten hinter verschlossenen Türen verhandeln, schränkt Peking schamlos die Religionsfreiheit weiter ein. Internationale Medien bestätigten Zens Bericht: „Die großen Online-Einzelhändler Chinas haben die Bibel auf einen offenkundigen Schritt Pekings

Staatstreue Christen für Führungsrolle der Partei

Daher verwundert es nicht, dass Chinas offiziell registrierte christliche Gemeinschaften vor kurzem Pläne vorgelegt haben, wie in den nächsten fünf Jahren chinesisches Christentum propagiert werden kann. Die beiden größten evangelischen Organisationen, der Christliche Rat Chinas und die Patriotische Drei-Selbst-Bewegung, haben sich vorgenommen, für die zentralen Werte des Sozialismus ebenso einzutreten wie für die Führungsrolle der Kommunistischen Partei. Sie haben bei einer öffentlichen Veranstaltung am 27. und 28. März in Nanjing sogar das Ziel angekündigt, die Bibel in diesem Sinne neu zu übersetzen oder zumindest einen entsprechenden Bibelkommentar zusammenzustellen.

Am 17. Mai einigten sich die staats-offizielle katholische Bischofskonferenz Chinas sowie die staatstreue Chinesisch Katholisch-Patriotische Vereinigung darauf, dass „fremde Einflüsse“ künftig unter Katholiken zurückgedrängt werden sollen. Bis Ende August sollten sich alle Bistümer darauf festgelegt haben, wie sie die Sinisierung konkret umsetzen wollen. Mittels Publikationen und Tagungen sollen die neuen Bestimmungen für religiöse Angelegenheiten, ihre Folgen und Ziele, jedem einfachen Gläubigen vermittelt werden.

Scharfe Eingriffe von Peking gesteuert

Er ist davon überzeugt, dass von einer flächendeckenden Verschärfung des Zugriffs der Partei auf die Religionen und religiöse Angelegenheiten als zentrales Kennzeichen der neuen Religionspolitik die Rede sein kann. Diese sei von Peking aus in den Provinzen, Bezirken und Städten bis in jedes Dorf und jede Straße hinein gesteuert. In Henan, der Provinz mit den meisten Christen, wurden in jüngster Zeit Kindergärten geschlossen und Kinder daran gehindert, zu Gottesdiensten zu gehen. Kirchliche Versammlungsorte, die nicht gemeldet waren, wurden geschlossen, Kirchen beschlagnahmt, sogar abgerissen. Peinlich genau wird darauf geachtet, dass weder Lehrpersonal noch Parteianhänger eine Kirche betreten. Bibeln und andere religiöse Schriften wurden eingezogen. In einem Dorf namens Hutuo, das im Stadtgebiet von Gongyi in der Provinz Henan liegt, wurde am 17. April eine katholische Kirche samt Pfarrhaus abgerissen, Pfarrer und Kaplan wurden abgeholt. Zudem wurde am selben Tag das Grab des romtreuen Bischofs Li Hongye, der von dort stammte und 2011 starb, geschändet. Zur Denunziation wurde aufgerufen: Die zuständige Behörde in der Provinz Henan appelliert auf ihrer Internetseite an die Bevölkerung, „ille-

gale religiöse Aktivitäten, Orte, Kulte und verdächtige Veranstaltungen“ zu melden.

Eine Reihe von Konferenzen auf politischer Ebene zu Fragen der Religionspolitik ging anscheinend den Sanktionen voraus. Die Arbeitsabteilung Einheitsfront, die Präsident Xi Jinping einmal als Zauberwaffe bezeichnete, ist seit der Auflösung des Staatsamtes für Religiöse Angelegenheiten die Behörde, die offiziell die registrierten Religionsgemeinschaften kontrolliert. Diese Einrichtung ist bestrebt, auch die Kontrolle über die nicht registrierten Gemeinschaften zu erlangen.

Mehr interne religiöse Freiheit im Untergrund

Der emeritierte Bischof von Hongkong, Kardinal Joseph Zen Ze-kun, sagte, in der katholischen Untergrundkirche gebe es trotz äußeren staatlichen Drucks noch mehr interne religiöse Freiheit als in der staatsoffiziellen Kirche. Daher schadeten Anerkennungsbestrebungen des Vatikans gegenüber der Chinesisch Katholisch-Patriotischen Vereinigung, die von der Regierung anerkannt ist, letztlich allen Gläubigen in China. Papst Franziskus betrachte den Dialog mit der kommunistischen Führung in Peking aus lateinamerikanischer Perspektive. Zudem sei er durch Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin falsch beraten.

„In manchen Provinzen wie in Hebei hat die Untergrundkirche sogar ihre eigenen Kirchen, manchmal sogar große Kirchen“, berichtete der Kardinal in Frankfurt bei einem Vortrag. Die Regierung toleriere das nur deshalb, weil die Gläubigen zahlreich seien und zusammenhielten. Das werde sich aber ändern, wenn der Vatikan künftig den Beitritt zur offiziellen Kirche für erlaubt erklärt. „Einige aus der Untergrundkirche werden sich dann der offiziellen Kirche anschließen, denn in der Untergrundkirche ist man immer in Gefahr“, fuhr der Kirchenmann fort. Es gebe auch Gläubige, die diesen Schritt weiterhin aus Gewissensgründen ablehnten und treu zum Papst stünden. „Jetzt sagt aber der Vatikan, dass dies in Ordnung wäre“, beklagte Zen. Einen Teil der Katholiken ermuntere Rom auf diese Weise wirksam, gleichsam zu kapitulieren, während die anderen Gläubigen sich verraten fühlten. Er warnte diese davor, den Glauben zu verlieren. „Wartet auf die Zeit Gottes“, sagte er ihnen.

Die Kommunisten seien sich selbst Gesetz. Das zeige sich seit der Neuauflage der Bestimmungen für religiöse Angelegenheiten. Eine Reihe der Vorschriften

seien nicht neu, sondern würden nur verschärft. Nun stehe an den Kirchentüren, dass Leuten unter 18 Jahren nicht gestattet ist, in die Kirche zu gehen. „Das ist kein neues Gesetz. Dies gab es schon. Sie setzen es jetzt erst um.“

Der Würdenträger kritisierte, dass das atheistische Regime die Bedingungen des Dialogs mit dem Vatikan bestimme.

Papst fehlt Erfahrung mit den Kommunisten in China

Der Hauptstreitpunkt seien die Bischofsnennungen. Noch immer gebe es sieben Bischöfe, die ohne Zustimmung von Rom geweiht worden sind. Drei davon seien exkommuniziert. Nun erwartet China, der Papst möge diese anerkennen. Selbst wenn sie sich reumütig an ihn wendeten, könnte der Papst sie nicht ein-

Mehr Informationen über die Arbeit des Arbeitskreises „Religionsfreiheit“ erhalten Sie bei der IGFM
Borsigallee 9 • 60388 Frankfurt/Main
Tel: 069-420108-0 • religion@igfm.de
www.igfm.de

fach in die eigenen Reihen aufnehmen. Dazu müsste er weltweit gültige Prinzipien aufgeben, da zwei der drei Kirchenvertreter Frau und Kinder hätten. Dabei geht es nicht um das Für und Wider dieses Lebensstils, sondern um die Autonomie einer Religionsgemeinschaft. Zur Religionsfreiheit zählt die Freiheit der Entscheidung über die Auswahl des Personals. Durch diese Art der „Ostpolitik“ des Vatikans sei die Autonomie gefährdet. Sollte künftig die Regierung die Bischöfe ernennen, sei davon auszugehen, dass sie diejenigen wählten, die ihnen gefallen und nicht diejenigen, die gute Hirten für die Kirche seien. Noch immer befänden sich viele Glaubensgefangene hinter Gittern, darunter auch Bischof Jakob Su Zhimin von Baoding in der Provinz Hebei seit mehr als 20 Jahren. „Wenn der Vatikan mit der Regierung in Peking verhandelt, kann er nicht über den Bischof sprechen.“ Das werde sonst als Affront aufgefasst. Da der Papst jedoch keine Erfahrungen in China gesammelt habe, wisse er offenbar nicht, dass die Kommunisten in China „echte Diktatoren“ seien. Zen selbst ist in Shanghai geboren, ging 1948 nach Hongkong ins Seminar. Im Jahr darauf entschieden die Kommunisten den chinesischen Bürgerkrieg für sich, während sich die Kuomintang nach Taiwan zurückziehen musste. So blieb Zen von seiner Familie in Rotchina getrennt, wo er jedoch

vierzig Jahre später, von 1989 bis 1996 in Seminaren unterrichten durfte.

Inzwischen reagierte der Papst auf die zahlreichen Stellungnahmen Kardinal Zens, unter anderem anlässlich der Stephanus-Preisverleihung. In einem Interview mit Philipp Pulella von Reuters sagte er: „Ich denke, er ist ein wenig ängstlich. Vielleicht hat das Alter einigen Einfluss.“ Dialog sei ein Risiko, aber er ziehe das Risiko der sicheren Niederlage, nicht zu sprechen, vor. Was er und sein Staatssekretariat hinter den Kulissen mit Pekings Führung beschließen, geht daraus nicht hervor. Eine Verlautbarung nach dem turnusgemäßen Besuch der Bischöfe von Hongkong und Macau beim Heiligen Stuhl am 23. Juni über den sino-vatikanischen Dialog klingt entsprechend wolkig: Der aktuelle Bischof von Hongkong, Michael Yeung Ming-cheung, wird mit den Worten zitiert, dass die Position des Vatikans klar sei: Der Papst wolle niemanden irritieren, keine unklugen Schritte unternehmen; gleichzeitig müsse er etwas zum Wohle der Kirche sowie der chinesischen Gesellschaft tun.

Hingegen beobachten Menschenrechtsorganisationen – wie bereits beschrieben – verstärkt Unterdrückung von Christen. Ein weiteres Beispiel: Der 55-jährige Priester Yan Lixin aus der Provinz Hebei wurde im April zur Vorbereitung des Besuchs in Rom von Hongkongs amtierenden Bischof eingeladen. Daraus wurde nichts: Am 9. April stürmten Polizisten sein Haus und er wurde dabei festgenommen. Erst am 28. April kam er nach zahlreichen Verhören frei. Dabei versuchten sie, ihn zu zwingen, der Chinesisch Katholisch-Patriotischen Vereinigung beizutreten. Für Menschenrechtsorganisationen wie die IGFM sind solche Fälle Mahnung genug, in ihren Forderungen gegenüber Peking keinesfalls nachzugeben.

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9, D-60388 Frankfurt
Tel.: +49 (0) 69 - 42 01 08 - 0
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
USt ID Nr. DE 1142 35 684
Redaktion: Michaela Koller (Leitung), Karl Hafen
Druck: Johnen-druck, Bernkastel-Kues
Satz und Layout: Rochow Medienagentur
Sektion Schweiz:
Geschäftsführer: Hanspeter Hartmann
Clavanuowweg 14, CH-7249 Serneus
Tel.: +41 - 44 - 5 86 45 45

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein.

„Es gibt andernfalls keine Zukunft“ Gespräch über die Situation der Christen im Irak mit dem chaldäischen Patriarchen Louis Raphael I. Sako aus Bagdad

Bis zur Verständigung, erst recht zur Versöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen im Irak ist es noch ein weiter Weg. Patriarch Louis Raphael spricht klar vom Versagen des Staates auf nationaler, aber auch auf regionaler und örtlicher Ebene: Korruption, Milizen und andere Unruhestifter, radikale Lehren, die Hass und Gewalt schüren, selbst schon im Schulunterricht, stellen Stolpersteine dar. Um das drohende Ende der Jahrtausende währenden christlichen Geschichte aufzuhalten, ist politischer Wille zur Durchsetzung weitreichender Reformen nötig. Die Freunde und Förderer der IGFM bittet der Patriarch im Gespräch mit IGFM-Referentin Michaela Koller, die ihn anlässlich seiner Erhebung zum Kardinal in Rom traf, um Unterstützung.

Für Sie als Patriarchen bedeutet die Ernennung zum Kardinal vor allem eine stärkere Bindung an Rom, an den Westen, eher keine besondere Würdigung?

Ich verstand es als Zeichen des Papstes, Christen und allen Irakern zu vermitteln, dass er ihnen quasi als Pastor sehr nahe ist. Die irakischen Christen denken, dass der Vatikan einen großen moralischen Einfluss hat, auf ihren Staat, auch auf die Muslime. Äußerer Einfluss ist für die Versöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen nötig, zwischen Sunniten und Schiiten, Kurden und Arabern, Christen und Muslimen.

Letzten Herbst hat die Mehrheit der Kurden für die Unabhängigkeit ihrer Region im Nordirak votiert. Wie könnte sich eine Anerkennung der Unabhängigkeit Kurdistans auf die Christen auswirken?

Ziel des Referendums der Kurden war es, ihren eigenen Staat zu haben, eine vollständige Autonomie. Die irakische Zentralregierung ist dagegen, so auch der Iran, die Türkei, Syrien. Wir sind besorgt darüber. Die Spannungen könnten so zunehmen und wir befürchten, es könnte ein weiterer Krieg ausbrechen. Krieg ist immer schlecht, gerade für die Minderheiten, die in jedem Krieg reichlich gelitten haben.

Sehen Sie denn noch eine Chance auf ein Zusammenleben unter den verschiedenen Religionsgruppen in der Region des nördlichen Irak?

Wenn wir zum Zusammenleben in Harmonie zurückkehren möchten, müssen wir unsere sektiererischen Einstellungen ändern, auch die Unterrichtsprogramme. Zum Nutzen aller sollte die internationale



Patriarch Louis Raphael I. Sako im Gespräch mit Michaela Koller
© Michaela Koller

Gemeinschaft dafür sorgen, dass die Christen bleiben. Wenn ich mir die Qualitäten der Christen dort anschau, so komme ich zu dem Schluss, dass sie die Muslime dabei unterstützen können, ihren Horizont zu erweitern und etwas anderes als ihre eigene Welt kennenzulernen.

Trennung von Religion und Staat – Idee der gleichen Bürgerrechte. Was ist sonst noch außer Bildung notwendig, um Frieden und Stabilität wieder herstellen zu können?

Möglicherweise ist das einzige hilfreiche Projekt die Idee der Bürgerschaft (die Idee der Gleichheit vor dem Gesetz, Anm. d. Red.). Es existierte so eine Idee der Bürgerschaft für jedermann bei uns nicht, ebenso wenig wie die Trennung von Religion und Staat. Die Religion verfolgt Interessen, die unveränderlich sind. Ich denke, die Verknüpfung von beiden Sphären sollte allmählich verschwinden. Der Irak sollte deshalb eine neue Verfassung einführen.

Um einen starken Staat aufzubauen, darf ausschließlich die Armee bewaffnet sein, und keine Milizen. Sicherheit ist das, was wir vor allem benötigen. Das liegt in der Verantwortung der internationalen Ge-

meinschaft, insbesondere der USA, weil sie hinter den Regimewechseln in der Region stecken.

Die Terrororganisation IS ist immer noch im Irak. Meinen Sie nicht, dass es hilfreich wäre, die Verbrecher vor Gericht zu stellen?

Ich halte das für einen Wunschtraum. Geografisch verliert ISIS an Macht, aber die Ideologie gewinnt an Einfluss. Um diese Weltanschauung zu bekämpfen, müssen alle Menschen zusammenarbeiten. Die erste Verantwortung liegt bei den Muslimen selbst. Sie müssen ihre Glaubenslehren erneuern, die junge Generation darin unterrichten und über die Fehler oder vielmehr Mentalität von ISIS und anderer fundamentalistischer Gruppen belehren. Es gibt andernfalls keine Zukunft.

Wäre es hilfreich, wenn die westliche Welt das, was den Christen widerfahren ist, als Genozid brandmarken würde?

Für uns bestand der Völkermord darin, dass sie unsere Erinnerung, unser Erbe, unsere Lebensgrundlagen auslöschten und unser Land nahmen. Das gesamte Gedächtnis, das 2.000 Jahre zurückreichte, war betroffen: Sie brannten unsere Kirchen nieder, zerstörten Klöster und historische Bauten. Dies war kein physischer Genozid wie für andere, wie für die Jesiden.

Was kann denn die IGFM durch humanitäre Hilfe, aber auch durch Öffentlichkeitsarbeit, für die christliche Minderheit in der Ninive-Ebene tun?

Anstatt den irakische Christen zu helfen, auszuwandern, sollte die internationale Gemeinschaft ihnen helfen, dort zu bleiben, weil dort ihre Geschichte und ihr Erbe ist.

Vielen Dank für Ihre Antworten.

Für die Unterstützung durch die IGFM dankte der Kardinal schriftlich und fügte hinzu: "Gottes Segen. Das Geld wird den bedürftigen Menschen im Irak gegeben."



Ihre Spende überweisen Sie bitte unter dem Kennwort
„Religionsfreiheit“ auf folgendes Konto:
IGFM • IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00
Swift-BIC: BFSWDE33MNZ • Bank für Sozialwirtschaft



Sehnsucht nach der Gleichheit vor dem Gesetz

Von Michaela Koller

Zeitweise wurden sie in der Geschichte verfolgt, noch immer werden sie diskriminiert: die christlichen Ägypter. Sollte eine Kirche renoviert oder gar neu gebaut werden, so berief sich noch die Regierung unter dem früheren Präsidenten Hosni Mubarak auf das Hama-youni-Edikt von 1856 aus osmanischer Tradition. Demzufolge lag das Recht, einen Kirchenbau zu genehmigen, nur beim Staatschef. Seit Mitte 2016 liegt erstmals ein eigenes Gesetz für den Bau von Kirchen vor. Muslimische Nachbarn dürfen demnach beim Kirchenbau mitbestimmen und die Größe darf nur der Anzahl der Christen vor Ort entsprechen. Solche dehnbaren Begriffe sind ein Einfallstor für die Durchsetzung eines Rechts des Stärkeren. Für Moscheen gibt es so ein Gesetz nicht. Gleichheit vor dem Gesetz sieht anders aus. Für die jeweilige christliche Gemeinde bedeutet das noch immer einen regelrechten Hürdenlauf durch die Behörden, der auch nach Jahren keinen Erfolg garantiert.

Nachdem Präsident Abdel Fattah al-Sisi einen Neuaufbruch, ein „Neues Ägypten“, angekündigt hat, sind neben prächtigen neuen Moscheen einige große glanzvolle Kirchen errichtet worden. Anstatt mit Rechtssicherheit möchte der al-Sisi mit Privilegien danken: Christen standen mit Muslimen zusammen unter Kreuz und Halbmond, um sich zunächst von Hosni Mubarak und seiner korrupten Struktur zu befreien und dann im Juni 2013, um Mohammed Mursi zu stürzen. Dieser war mit seiner fundamentalistischen Muslimbruderschaft den langen Weg durch die Institutionen hindurch an die Spitze gelangt. Die Muslimbrüder verdienten sich durch ihren Einsatz in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Religion Respekt bei den sozial Schwachen Ägyptens. In Stadtvierteln und Gegenden, wo die Regierung ihre Hilfe seit Beginn der Privatisierungspolitik unter Präsident Anwar as-Sadat (1970 bis 1981) eingestellt hatte, errichtete diese islamistische Bruderschaft Schulen, Krankenhäuser und Moscheen.

So kam es, dass sie durch freie Wahlen an die Macht gelangten. Die demokratische Zustimmung begriffen sie jedoch offenbar als Ermächtigung zum Umbau in eine Gesellschaftsordnung ausschließlich auf der Grundlage des

islamischen Rechts, der Scharia. Der Sturz der Muslimbrüder ebnete dem damaligen Militärführer dann den Weg ins höchste Staatsamt.

Aufbruchstimmung am Anfang

Die ersten zwei Jahre seit Amtsantritt al-Sisis war die Hoffnung auf einen säkularen Rechtsstaat einschließlich Gleichberechtigung der Christen groß. „Jetzt haben wir einen anderen Präsi-



An der Sankt Markus Kirche in Alexandria: Hier befindet sich der Sitz des Patriarchen, des Papstes der koptisch-orthodoxen Christen © Michaela Koller

denten, der erklärt hat, er möchte die Kultur, die Mentalität ändern“, erklärte mir der koptisch-katholische Kurienbischof Youhanna Golta im Februar 2015. Präsident Abd al-Fattah as-Sisi habe festgestellt, dass man die ideologische Mentalität in den Köpfen ändern müsse, in der Kultur, in den Institutionen, in den Schulen und Universitäten. Viele Kopten waren hoffnungsfroh und zu neuem Selbstbewusstsein gelangt. Die jungen Christen, die neben jungen muslimischen Aktivisten auf dem Platz der Freiheit (Midan El Tahrir) im Herzen Kairos wochenlang ausgeharrt hatten, wollten sich die Revolution nicht von alten, starrsinnigen Männern mit langen Bärten stehlen lassen. So kam es am 25. März 2011, zwei Monate nach Beginn der Aufstände, zur Gründung der Maspero-Jugend, die mit vereinten Kräften von der Regierung endlich mehr Schutz vor Übergriffen der Fanatiker einforderte. Social Media machten sie zu einer verlässlichen Stimme im Konzert des neuen Ägypten. Im Februar 2015 traf ich auf einen optimistischen Generalkoordinator dieser Bewegung, den jungen Augenarzt Mina Magdy. Es ging ihm um die Motivation der christlichen Jugend, sich in soziale

und politische Angelegenheiten einzumischen, Hand in Hand mit reformbereiten Muslimen. Doch was ist von der Aufbruchstimmung noch geblieben?

Nun sind Christen noch immer von vielen staatlichen Ämtern ausgeschlossen, so etwa bei der Armee oder Polizei. Im Parlament sind sie unterrepräsentiert, wenn der geschätzte Bevölkerungsanteil von mindestens zehn Prozent zugrunde gelegt wird, darunter neun Prozent koptische Christen, einschließlich rund 300.000 evangelische Christen und ein Prozent Griechen, Armenier und Ausländer. Von oben herab ist die Gleichberechtigung schwer durchzusetzen, da die Benachteiligung tief gesellschaftlich verwurzelt ist. Ein Faktor dabei ist die Universität Al Azhar, die trotz wiederholter Ermahnungen seitens der ägyptischen Regierung Lehrmaterialien verbreitet, in denen Christen abgewertet werden, ein feindliches Klima geschürt wird. Vorurteile, die viele Muslime gegen die Kopten haben, verhindern zudem oftmals das berufliche Weiterkommen tüchtiger Christen, wie etwa im Medienbereich zur Meinungsbildung der Öffentlichkeit. Seit Mitte der 50er Jahre wandern ägyptische Christen unter zunehmendem Druck vermehrt aus.

Außer Diskriminierung auch Bedrohung

Und dann ist da noch die Bedrohung durch gewalttätige Muslime oder Islamisten. Seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als allmählich der religiöse Fanatismus zunahm, ereigneten sich solche Angriffe erstmals gehäuft: Mehrere hundert Kopten fielen dem allein bis zur Jahrtausendwende zum Opfer. Inzwischen lässt sich eine eigene Topographie des koptenfeindlichen Terrors vorweisen.

Die koptisch-orthodoxe Kirche bezieht sich als Mutterkirche der Märtyrer und lenkt den Blick auf jenseitige Gerechtigkeit. In letzter Zeit haben ägyptische Christen wieder mehr Gründe, darin tröstende Zuflucht zu suchen: Zur gleichen Zeit, als der Schriftsteller Martin Mosebach für sein literarisches Denkmal „Die 21. Eine Reise ins Land der koptischen Märtyrer“ im Land am Nil recherchierte, war ich ebenfalls dort. Auch ich traf mich

mit Überlebenden der Massaker, die religiöse Fanatiker angerichtet hatten:

Alexandria an Palmsonntag 2017: Ein Selbstmordattentäter sprengte sich vor der Sicherheitskontrolle der Sankt-Markus-Kirche in die Luft und wurde zur Feuersäule. Es war eine schmutzige Bombe, die 14 Menschen in den Tod riss. Bei meinem Besuch sah ich ein Plakat, auf dem die sieben Gemeindemitglieder unter den Opfern zu erkennen sind. Über jedem Kopf ist eine gelbe Krone gedruckt. Es sind Bilder wie diese, die die überlebenden Opfer und Angehörigen des Attentats auf die Al-Qiddissine-Kirche, einige Kilometer weiter westlich am Rand der Stadt, schmerzlich an ihr eigenes Leid erinnern. Es brach in der Silvesternacht 2011 über sie herein. „Ich bin die Frau des Märtyrers Ismail Iskender“, stellte sich diese Frau bei meinem Besuch vor. Sie und ihre Tochter Nadine gehörten zu den Opfern, die auf Initiative des in Deutschland residierenden koptisch-orthodoxen Bischofs Anba Damian, zur medizinischen Versorgung nach Deutschland gebracht wurden. Ihre Verletzungen an Kopf, Extremitäten und inneren Organen führten dazu, dass sie 15 Tage lang im Koma lag. Inzwischen musste sie 30 operative Eingriffe durchstehen. Bei ihrer Tochter musste erst umständlich der Beinknochen wieder aufgebaut werden. Aus ihrer Handtasche zieht sie ein kleines Plastiktütchen mit einem Kügelchen von drei Millimeter Durchmesser. „Das haben sie vor kurzem noch aus meinem Körper entfernt“,

sagte sie mir, das Tütchen wie eine Trophäe mir entgegenhaltend.

„Wir haben Frieden im Herzen und sind stolz auf unsere Märtyrer im Himmel“, sagte ein weißhaariger Mann. Sein Name



Sieben Gemeindemitglieder starben allein beim Anschlag auf die Sankt-Markus-Kirche am Palmsonntag vorigen Jahres
© Michaela Koller

ist Ismail Abdel Masir Saleb Morgan. Nachdem diesen Witwer in jener Nacht die Nachricht von der Bombe erreicht hatte, fand er wenig später seinen 22-jährigen Sohn tot zwischen Schutt und Blut.

Hetze am Anfang der Gewalt

Ich besuchte nach diesen erschütternden Zeugnissen auch die Barmherzigen Schwestern vom heiligen Karl Borromäus, kurz Borromäerinnen, einen katholischen Frauenkonvent mit Internat und Schule. Die Ordensfrauen hörten die Detonation der Bombe am Palmsonntag 2017 beim Eingang zur Sankt-Markus-Kirche wenige hundert Meter entfernt in der Schule. Die Scheiben vibrierten, die Großnichte der Oberin des Konvents, Schwester Claudia Fakhrys, kam noch knapp unverletzt davon. Sie sagt selbst: „Ich rechne ständig damit, wenn ich irgendwo hingehe, dass ich geschlachtet werde wie viele andere auch, denn es wird viel gehetzt.“

Was tun sie selbst? „Wir müssen im Religionsunterricht gemeinsam erarbeiten, dass wir, ob Muslime oder Christen, alle Geschöpfe Gottes sind und die Religion nur die ganz persönliche Beziehung zu Gott betrifft“, sagte Schwester Ancilla Kamel, die Religionslehrerin. Um die Barriere des Hasses und der Wut abzubauen, setzen die Schwestern auf gemeinsame Unterrichtseinheiten mit muslimischen Religionslehrern, in denen die gleiche Würde aller Menschen herausgestellt wird. Gleichberechtigung für christliche Ägypter, Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, lässt sich auf dieser Grundlage leichter durchsetzen. Lassen wir nicht darin nach, dies von der ägyptischen Regierung einzufordern.

Appell

Ägypten: Diskriminierung durch Lehrinhalte in den Schulen stoppen!

Staatliche Institutionen sowie gesellschaftliche Kräfte diskriminieren in arabischen Ländern vielfach Angehörige religiöser Minderheiten wie die Christen. Auch in ägyptischen Schulen gelten immer noch nur diejenigen als gute Staatsbürger, die Muslime sind. Mit dem Aufkommen des militanten Islamismus wurden Christen zur Zielscheibe von Hetze und roher Gewalt. Um ein Klima der Verständigung zu erreichen, bedarf es einer Erziehung zu universalen Werten wie Gleichberechtigung und Akzeptanz sowie zu selbständigem Urteilsvermögen in allen Schulen. In keinem Land des Nahen Ostens leben so viele Christen wie in Ägypten. Jedoch widersprechen gerade dort noch immer viele Lehrpläne der Realität der tatsächlichen Vielfalt.

So wird nach wie vor das Konzept des Dschihad gegen Staatsfeinde ebenso wie gegen „Ungläubige“ propagiert und die Evangelien werden als „Fälschung“ abgewertet, anstatt einfach von einer anderen Tradition zu reden. Im Arabisch-Unterricht werden rein islamische Inhalte vermittelt, die dem christlichen Glauben ausdrücklich widersprechen, obwohl es genug Gemeinsamkeiten zwischen beiden Religionen gibt. In verschiedenen Schulfächern wird gelehrt, Nicht-Muslime könnten keine höheren Positionen im Staat bekleiden. Die ägyptische Regierung muss die Diskriminierung verbieten und zugleich im Unterricht die Gleichheit der Würde aller Menschen ungeachtet der jeweiligen Religion propagieren, gegenseitige Akzeptanz

mit den Schulkindern einüben und sie in diesem Sinne zu wohlinformierten, selbständig urteilenden Staatsbürgern erziehen lassen.

Laden Sie sich eine Unterschriftenliste auf unserer Internetseite herunter: <https://www.igfm.de/mach-mit/ap-pelle/aktuelle-ap-pelle-infos/>

Sie können den Appell auch in der Geschäftsstelle anfordern:

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
Borsigallee 9
60388 Frankfurt a. Main,
Tel. 069 - 4201080
www.menschenrechte.de